

## Beiträge zur aktuellen „Rechtsextremismus“-Debatte

*Wiederum sprechen ganze Kontinente das Wort  
„Deutschland“ mit der Furcht und Abscheu aus,  
mit der man das Wort Mörderin ausspricht.  
Bertolt Brecht*

# Rassisten kämpfen gegen Rassismus

Als am 4. August diesen Jahres in Düsseldorf der zweitgrößte faschistische Sprengstoffanschlag in der Geschichte der BRD verübt wurde, wurde es den Herrschenden wieder einmal zu bunt. Zum zweiten mal seit der Annexion der DDR hieß es: „Die Kräfte die ich rief, werde ich nicht mehr los“. Es ging wieder einmal um den faschistischen Straßenterror, der Ausmaße angenommen hatte, die selbst den Herren Hundt, Schily, Stoiber und Beckstein zu weit gingen. Tatsächlich ist es in den vergangenen Jahren so gewesen, dass es immer schwerer wurde, deutsche Normalität nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Völker der Welt haben dies mit immer größerer Besorgnis getan, nur die deutsche Öffentlichkeit hatte es spielend geschafft, die Augen vor brennenden Häusern, Hetzjagden durch Straßen, und dem immer häufiger marschierenden Mob zu verschließen.

Bis zu diesem Anschlag, der schon wieder fatal an den faschistischen Oktoberfestanschlag erinnerte, der sich am 26.9. diesen Jahres zum 20. Mal jährte. 13 Menschen waren damals ums Leben gekommen, die Täter wurden nie verurteilt, um die Hintermänner in der Bayrischen Staatsregierung nicht hochgehen zu lassen: Franz Joseph Strauß wollte sich auf diese Weise zum Kanzler bomben lassen.

Dass ein solcher Anschlag die Weltöffentlichkeit alarmiert, ist klar. Und dazu hat das deutsche Kapital gerade im derzeitigen Moment überhaupt keine Lust: Erstens behindert das ausländische Firmen bei ihren Investitionen, wenn diese fürchten müssen, dass ihre Mitarbeiter den Deutschlandaufenthalt nicht überleben, und zweitens standen sie im letzten halben Jahr bereits unrühmlich im Rampenlicht: Bei der Diskussion um die Entschädigung der Zwangsarbeiter haben sie es geschafft, vor den Augen der Weltöffentlichkeit ihr Täterschutzgesetz durchzubringen, was dann zum Beispiel Griechenland auf den Plan gerufen hat: Seit Juli sind in Griechenland ein Goetheinstitut und eine deutsche Schule gepfändet, da sich die BRD geweigert hat, Entschädigung für ein deutsches Massaker im 2. imperialistischen Weltkrieg zu zahlen.

Nun wird also für Toleranz geworben. Gerade die Konzerne, die tausende von Zwangsarbeitern im Faschismus für sich arbeiten haben lassen, und sie nicht entschädigt haben, sondern vorhaben, diese mit einem Taschengeld abzuspeisen, nämlich Siemens, BMW, Deutsche Bank und die Allianz, bezahlen in München die Aktion „München sagt Ja zur Toleranz“, die auch von Schily, Schröder, Stoiber und Arbeitgeberpräsident Hundt unterstützt wird. Wie man bei dieser Auflistung sieht, kann es dabei nicht um Menschen oder Moral gehen. Das einzige, was diese Herren und Konzerne über den Menschen wissen, ist der Preis seiner Arbeitskraft.

Hier geht es um Rassisten, die die Ergebnisse ihres Rassismus gerne gepflegt und systematisch über die Bühne gehen lassen wollen. Es ist einfach ein Unterschied, ob jährlich tausende Menschen in den Tod abgeschoben werden, hunderte an der deutschen Grenze zu Tode kommen, und tagtäglich hunderttausende von hier lebenden und arbeitenden Menschen durch die rassistische deutsche Gesetzgebung, basierend auf dem völkischen Blutsstaatsbürgerschaftsrecht, diskriminiert und kaputtgemacht werden, oder ob das Volk die Sache selbst in die Hand nimmt.

Diese Leute werben nicht nur für Toleranz. Sie drohen auch noch: Das Demonstrationsrecht soll eingeschränkt werden, der Bundesgrenzschutz soll überall eingesetzt werden dürfen, und Schnellverfahren sollen möglich werden. Während es bei der letzten sogenannten antirassistischen Welle im Jahre 1992, bei den Lichterketten, darum ging, das Volk bereit zu machen für die Abschaffung des Asylrechts, geht es heute um weitere massive Einschnitte in die Grundpfeiler der bürgerlichen Demokratie. Dies ist also keine antifaschistische, sondern eine zutiefst antidemokratische Bewegung, die wieder marschiert.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Das Verbot faschistischer Organisationen war immer Forderung der FDJ. Wer Menschen ermordet, gehört ins Gefängnis. Wer den Rassismus fördert, gehört ins Gefängnis. Wer Pogrome vorbereitet, gehört ins Gefängnis. Und Organisationen, die das alles unterstützen, gehören verboten. Dabei geht es uns nicht nur um die NPD, die DVU, Die Republikaner, sondern auch um die CSU. Für diese Forderungen braucht aber kein einziges Gesetz verschärft werden, sondern nur endlich die bestehenden Gesetze, die ihre Anwendung normalerweise gegen links finden, endlich einmal gegen die Faschisten angewendet werden.

Um in diese Bewegung eingreifen zu können, müssen wir den Herrschenden einmal mehr unsere Forderungen entgegenhalten:

**Gleiche Rechte für alle die hier leben, weg mit dem völkischen Blutsstaatsbürgerschaftsrecht!**

**Für das Verbot aller faschistischen Organisationen. Das Potsdamer Abkommen muss endlich zur Anwendung kommen!**

Stefan